



Bochumer Studenten Zeitung



Der neue Vorstand der Bochumer Studentenschaft: Guido Boulboulé, 23, Kunstgeschichte, Geschichte, Soziologie, 8. Sem.; Reiner Duhm, 24, Sozialwissenschaft, 4. Sem.; Horst Peter Kasper, 21, Germanistik, Soziologie, 5. Sem.; Manfred Koenig, 24, Psychologie, 7. Sem. (von links nach rechts). Im Gegensatz zur bisherigen Praxis werden die Ressorts gemeinsam verwaltet.

Heute

Seite 2:  
Es ist erreicht  
Seite 3:  
Was vormachen lassen  
Tutoren  
CDU-Hochschulgesetz  
Seite 4:  
Johanna O.

Bochumer AStA will jetzt Getto durchbrechen

Devise des neuen Vorstands heißt Informieren-Kooperieren/teach-ins in der Stadt „Beschlüsse werden in öffentlichen Vorstandssitzungen gefaßt, Studentenschaft aktuell informiert über akute Probleme. Nach der Diskussion im Studentenparlament führt dann die Studentenvollversammlung Entscheidungen herbei.“ So lautet das Programm des Vorstandes der Studentenschaft für demokratische Willensbildung an der Hochschule.

Im kommenden Wintersemester werden die Schwerpunkte der Arbeit im hochschulpolitischen Bereich liegen: Universitätsverfassung, Stellungnahme zu den Entwürfen eines Hochschulgesetzes für Nordrhein-Westfalen, Teilnahme der Studentenschaft bei Berufungen, Analyse der derzeitigen Prüfungspraxis. Die Effektivität der Fachschaftsarbeit soll durch Verabschiedung einer Fachschaftsrahmenordnung gefördert werden.

Der Vorstand, hervorgegangen aus einer Links-Koalition der Wahlsieger SHB und HSU, bekennt sich entschieden zu seinem politischen Mandat. Um der Isolierungsgefahr im Querenburger Campus zu ent-

gehen, soll die in der „Ruhr-Aktion“ des vergangenen Sommers begonnene Zusammenarbeit insbesondere mit Arbeitern und Schülern verstärkt werden. Diesem Ziel dient auch ein monatliches teach-in, das der AStA in der Berufsschule in Bochum durchführt. Eine erste Veranstaltung befaßte sich am aktuellen Anlaß mit den Vorgängen in der CSSR. Am 8. Oktober steht der „kritische Katholizismus“ zur Diskussion.

Der Zweck liegt nicht in der Debatte, Ziel ist die politische Zusammenarbeit mit progressiven und sozialistischen Kräften außerhalb der Universität.

Unsere Geduld ist zu Ende

Vertriebenenminister forderte zur Veränderung des status quo auf. Schirme, Stöcke und Fäuste waren die Argumente der Vertriebenen in Bochum gegen oppositionelle Jugendliche.

Schauplatz war nicht der Parteikonvent in Chicago. Dennoch, bei der Veranstaltung zum „Tag der Heimat“ in der Bochumer Ruhrland-Halle am 7. September, waren die Sicherheitsvorkehrungen beträchtlich. Selbst Kinder, die das offizielle „Festprogramm“ verteilten, wurden von den Ordnern am Eingang nach Flugblättern möglicherweise zersetzenden Inhalts durchsucht. Polizei, von Graf Hardenberg in großen Mengen herangeführt, hielt sich vorerst taktisch klug in tiefgestaffelten Bereitschaftsräumen.

Im Innern der Show hatte Bürgermeister Claus (SPD) die undankbare Aufgabe, als Rahmenkämpfer in den Ring zu steigen, dieweil 1500 Zuschauer auf den Champion Kai Uwe von Hassel warteten. Bei dessen Erscheinen brandeten durch den Beifall der Helmmattreuen „Uwe-Uuuwe“-Rufe von seiten der heimatlosen Linken.

Von Hassel, über den genauen Standort potenzieller Unruhestifter von der Veranstaltungsleitung in Kenntnis gesetzt, meinte, nach links blickend, „Nur die gesicherte Freiheit im Innern gibt Ihnen die Chance, sich so in der Ruhrland-Halle zu melden.“ Die APO dankte es ihm und spendete an verschiedenen, vom Sonntags-Redner als unpassend empfundenen Stellen Applaus, in den das Publikum, kritischem Verstehen ohnehin nicht zugetan, arglos einfiel.

Als von Hassel dartat, wie sich im Kopfe des deutsch-ostafrikanischen Edelmannes die Wiedervereinigung malt (Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze bedeutet bedingungslose Kapitulation, Notwendigkeit der Veränderung des status quo) und erklärte, er spräche auch für die entmündigten Zonenbewohner, wurden Rufe laut: „Heuchler, Revanchist“. Inzwischen ließ der Minister die

Darstellung der HSU, des SDS und des Republikanischen Clubs Bochum dementieren, wonach er die Formulierung gebraucht haben soll: „Den Worten über den Anspruch der Vertriebenen auf ihre Forderungen müssen Taten folgen.“

Er habe vielmehr sinngemäß gesagt, „eine Rückverweisung der in den unter polnischer Verwaltung stehenden Gebieten lebenden Polen sei auszuschließen“. Einseitige deutsche Verzicht würden der anderen Seite jedes Interesse an Friedensverhandlungen nehmen. (So das Ministerbüro gegenüber der Frankfurter Rundschau.)

Nicht dementiert wurde von Hassels Aufforderung, gegen Zwischenrufer handgreiflich vorzugehen.

Als sich der Minister durch den Zwischenruf „Faschist“ irritiert fühlte, stellte er fest, die Geduld des Publikums sei nicht grenzenlos. Einmal sei sie zu Ende.

Sofort begann unter tosendem Beifall die Saalschlacht. Mit Fäusten, Schirmen und Spazierstöcken wurden die meist studentischen Oppositionellen bei Gebrauch spezifischer Schimpfwörter aus dem Saal gedrängt.

Die Polizei leistete bedrängten Studenten keine Hilfe, so daß es zu Verletzungen kam. Zur Zeit werden Anzeigen gegen die Polizei wegen unterlassener Hilfeleistung erwo-gen. Die glaubte mit der Verhaftung von drei Opponenten ihrer Amtspflicht genüge getan zu haben.

Während drinnen die guten Deutschen sich der raschen und gründlichen Säuberung freuten („Nach 10 Minuten war der ganze Spuk vorbei“) und sich ganz dem nachfolgenden Unterhaltungsprogramm widmen konnten, diskutierten die „Vertriebenen“ draußen mit dem Polizeipräsidenten.

Vollkommen überlastet?

Denn kommen Sie zu uns. Wir übernehmen Ihre Geldangelegenheiten. Studien- und Sozialgebühren zahlen Sie kostenlos bei uns ein.

**WESTFALENBANK**  
AKTIENGESELLSCHAFT  
Bochum, Huestraße 21-25

Zweigstelle Ruhr-Universität  
Lennersholstraße 79

Zweigstelle Bochum-Querenburg  
Oberbergstraße 7



Konforme Äußerungen erlaubt  
Gerichte fällen widersprüchliche Urteile zum politischen Mandat

Der Dritte Senat des Berliner Verwaltungsgerichts bestritt in zweiter Instanz dem Konvent der FU-Berlin das Recht, sich zu allgemeinpolitischen Fragen zu äußern. Das Gericht begründete seine Entscheidung mit dem Hinweis, die FU dürfe gemäß ihrer Satzung nur zu Fragen Stellung nehmen, die mit der Hochschule unmittelbar zusammenhängen. Auch der Konvent könne keine zusätzlichen Rechte für sich in Anspruch nehmen. Gegen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts kündigten die Studenten Revision beim Bundesverwaltungsgericht an, da sie sich durch die politische Justiz nicht ihres Selbstverständnisses berauben lassen möchten. Der Konvent begründete seine Haltung mit der Feststellung, daß die Wissenschaft

„um der eigenen Freiheit willen Sorge um die Freiheit der Gesellschaft“ zu tragen habe. Schon allein durch das gesellschaftliche Interesse an der Wissenschaft erhalte diese politischen Charakter. Demgegenüber hat das Verwaltungsgericht Sigmaringen einen Aufruf des Tübinger AStA zu einem Schweigemarsh anlässlich der Intervention durch die 3 Staaten des Warschauer Paktes in der CSSR nachträglich für zulässig erklärt. Das gleiche Gericht hatte in früheren Prozessen der Studentenschaft das Recht auf allgemeinpolitische Äußerungen abgesprochen. Damals ging es freilich um Vietnam, Griechenland und Notstandsgesetze. Die Klage auf Unterlassung weite-

rer politischer Äußerungen zur Lage in der CSSR und auf Widerruf der Resolution des Tübinger AStA war von einem Studenten erhoben worden, der die Probe aufs Exempel machen wollte. Es hat geklappt.

Senatskommission gefährdet

Die Senatskommission für Verfassungsfragen kann ihre seit langem geplante Klausurtagung am 16. September nicht durchführen. Der Vorsitzende, Prof. Quaritsch (Abteilung 6) hat kurz vor Beginn der Tagung bekanntgegeben, daß er einen Ruf an die FU Berlin angenommen habe.

GO IN



- Zu Joseph Hellers Schauspiel über den Befehlsnotstand: „Wir bombardieren Regensburg“ (Erstaufführung im westdeutschen Raum).
- Zu der szenischen Demonstration „Prozeß in Nürnberg“ von Rolf Schneider (Erstaufführung für die Bundesrepublik).
- Zur deutschsprachigen Erstaufführung von Fernando Arrabals „Garten der Lüste“.
- Zur Neuüberprüfung klassischer Dramen wie Kleists „Prinz von Homburg“, Shakespeares „Sommernachtstraum“ und „Romeo und Julia“.
- Zu Versuchen mit Vorläufern des zeitgenössischen Dramas wie Werken von Wedekind, Sternheim und Kaiser. Das ist nur eine Auswahl aus dem Jubiläumsspielplan „50 Jahre Schauspiel in Bochum“, den wir vom 20. September bis zum nächsten Sommer zur Diskussion stellen.
- Daß Studenten bei uns nur halbe Preise zahlen (und bei Sonderveranstaltungen noch weniger), ist nicht mehr neu. Aber sonst vieles. Go in.
- Auskünfte und Informationsmaterial über Vormietekasse und Dramaturgie, 463 Bochum, Königsallee 15, Telefon 37015-18.

**SCHAUSPIELHAUS BOCHUM**  
HANS SCHALLA



# Endlich Universitäts-Kindergarten

### Studenteneltern können ihre Kinder jetzt zur Uni mitnehmen

Bochum war von Anfang an die Universität mit den prozentual meisten verheirateten Studenten. Ein besonderes Problem, wenn beide Elternteile studieren, Mutter oder Vater berufstätig sind, stellte der jüngste akademische Nachwuchs dar, der im günstigsten Falle der liebevollen Fürsorge von Großmüttern anheimfiel. Seit 1. August eröffnen sich ihm neue Perspektiven.

Seit Jahren bemüht sich Sozialreferat beim AstA und Studentenwerk um geeignete Räume und Finanzierung für das Projekt „Kindertagesstätte“. So wurde vor zwei Jahren der Kauf eines Hauses erworben. Ungünstige Lage und hohe Umbaukosten ließen das Projekt scheitern.

Schließlich gelang es der Studentenschaft, vom Kanzler der Universität die Zusage für die Bereit-

stellung einer Baracke hinter der Mensa zu erhalten, der Baracke VI, die damals Dienststellen des Staatshochbauamtes beherbergte.

Wo einst Bleistifte gespitzt wurden, sollten Windeln gewechselt werden. Der Weg bis dahin erwies sich als dornenvoll: Die Räumung der Baracke verzögerte sich, hohe Investitionen waren erforderlich, die Termine mußten mehrmals verschoben werden.

Schließlich konnte sich ein Verein „Kindertagesstätte an der Ruhr-Universität Bochum e. V.“ konstituieren. Die Initiative lag beim Studentenwerk, das die Pläne ausarbeitete.

Im Endausbau sollen 70 Kinder im Alter von 6 Wochen bis zu 6 Jahren ganztags von 8 bis 18 Uhr im Kindergarten untergebracht werden. Die pädagogische Betreuung obliegt

einem Dutzend Säuglingsschwesterinnen und Kindergärtnerinnen.

Die Initiatoren waren sich einig, daß eine „Verwahrnastalt“ keine befriedigende Lösung darstellt. Auf jeden Fall soll vermieden werden, daß die Kinder Helmschäden davontragen. Gute Kindergärten sind in der Bundesrepublik rar. Das Bochumer Projekt hat kaum Vorbilder und konnte nicht an fremde Erfahrungen anknüpfen. Unter Mitarbeit des Psychologischen Instituts wurde ein pädagogisches Programm entwickelt, ausgerichtet nach Montessori-Prinzipien.

Immer noch Kopfschmerzen bereiten die hohen laufenden Kosten des Projekts (Personalkosten, Kosten für Verpflegung, Neuschaffungen und Instandhaltung). Insgesamt betragen die realen Kosten pro Kind und Monat über 300 Mark. Es ist bereits ein beträchtlicher Erfolg, daß die nach Einkommenshöhe gestaffelten Beiträge der Eltern auf durchschnittlich ca. 110 Mark im Monat festgelegt werden konnten. Um zu gewährleisten, daß die Kinder-Tagesstätte, eine Selbsthilfeeinrichtung bleibt, die nach den Möglichkeiten und Bedürfnissen der Studenten-Eltern ausgerichtet ist, hat der Studentenwerkausschuß des Parlaments eine Fragebogen-Aktion an die über 500 verheirateten Kommilitonen gestartet, mit deren Hilfe die soziale Lage der verheirateten Studenten in Bochum analysiert werden soll. Auf der Grundlage des zur Zeit noch ausstehenden Ergebnisses, sollen Bemühungen zur Vermeidung sozialer Härten stehen. Nicht die Zahlungsfähigkeit der Eltern, sondern die Notwendigkeit der Unterbringung ihrer Kinder soll Kriterium für deren Aufnahme in die Kindertagesstätte werden.

Anmeldungen nimmt der Verein „Kindertagesstätte an der Ruhr-Universität Bochum e. V.“ im Studentenwerk (Baracke VIII) entgegen.



Uni-Kindergarten: Studenten-Kinder, Montessori-Spielzeug

Das Druckhaus für anspruchsvolle Kunden

**Druckhaus Schürmann & Klages**

Bochum  
Hans-Böckler-Straße 12-16  
Ruf 6 47 46-48

### „Grüne Teufel“

In Frankfurt, München und Herne erreichten Gruppen der APO die Absetzung des US-Propagandastreifens „Die grünen Teufel“. (US-Ranger erscheinen im Gegensatz zum blutrünstigen Vietcong als edle Sanitäter, deren Haupt Sorgen geschwollenen Mandeln der Vietnamesen und vom Feind blessierten Kindern gelten, die es aufrecht aus dem Kugelhaag fortzutragen gilt.) In Hannover luden Mitglieder des Club Voltaire Besucher zu einer Gegenfilm-Aufführung ein. Auch vor den Bochumer Kinos verteilten Studenten Flugblätter und diskutierten mit den Besuchern. Die „Westfälische Rundschau“ schreibt, es könne „Bürgern mit politischem Instinkt nicht gleichgültig sein, wenn man... das amerikanische Napalmgemetzel gegen ein 17-Millionen-Volk als heroische Heldentat serviert bekommt. Wer dem amerikanischen Engagement gleichgültig oder rechtfertigend gegenübersteht — weil es ja kommunistische Frauen und Kinder sind, die da geschlachtet werden — hat jedes Recht verloren, lauthals gegen den „Iwan“ zu zernern oder sein christliches Gewissen mit Blafra-Spenden zu beruhigen.“

## Lehrer kritisieren „Misere des Religionsunterrichts“

Essen — Heftige Kritik an der „Misere des Religionsunterrichts“ an den deutschen Schulen haben auf dem Deutschen Katholikentag in Essen etwa 500 katholische und evangelische Christen, darunter viele Religionslehrer, bei einem „teach in“ des „Kritischen Katholizismus“ geübt. Fast alle Diskussionssteilnehmer bedauerten die „katechetische Floskelsprache“ und „religiöse Schwaferei“ in Religionsbüchern. Diese Bücher seien durchweg veraltet. Die Lehrpläne für den

Religionsunterricht, die zum Teil die Druckerlaubnis deutscher Bischöfe hätten, seien ebenfalls überholt. Mehrere Religionslehrer traten dafür ein, einen lebendigen Unterricht ohne offizielle Lehrbücher zu gestalten. In der sehr lebhaften Diskussion wurden auch Alternativmodelle eines gesellschaftsbezogenen sozialkundlichen und religiösen Unterrichts mit umfassenden Unterrichts erörtert, der mit dem Religionsunterricht bisheriger Form nichts mehr gemein hat. dpa

## GEW: Schülerbeteiligung bei Versetzungskonferenz

Düsseldorf — Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Nordrhein-Westfalen hat einen Entwurf zur Schülermitverantwortung veröffentlicht, der die beratende Teilnahme der Schüler an den Konferenzen über Zensuren, Versetzungen und Abschlußprüfungen vorsieht. Die Schülerräte sollen nicht nur an der Organisation von Schülerlotsendiensten, Schulausflügen, Schulfesten und ähnlichen Dingen mitwirken, sondern auch an sozialen Aufgaben, wie der Gewährung von Stipendien und Ausbildungsstellen. Je nach Altersstufe sollen sie auch an der Gestaltung des Unterrichts mitwirken und in Disziplinarkonferenzen vertreten sein, die Schüler betreffen. Die GEW stellte ein Junktim zwischen der

Schülermitverwaltung und einer weitergehenden Mitbestimmung der Lehrer her. GEW-Geschäftsführer Franz Woschek erklärte dazu, man könne vom Lehrer nicht verlangen, daß er den Schülern weitgehende Mitbestimmung gewähre, während die Schule selbst nach hierarchischen Prinzipien geordnet sei. (dpa)

### Schnur geht weg

Roman Schnur, Professor für Politische Wissenschaft, hat zum 1. 10. 1968 einen Ruf der Verwaltungsakademie in Speyer angenommen. Wie die Redaktion aus gewöhnlich gut informierten Kreisen der Universität erfahren konnte, ist Professor Schnur damit einem Aufruf des „Wohlfahrtsausschusses“ der Abteilung VIII gefolgt.

**FAIR PLAY**  
mild auf der Zunge  
würzig im Geschmack  
männlich im Aroma

Cavendish 50 g 2,50  
Medium 50 g 3,00

Pfeifenmodell 54  
aus dem Hause OLDENKOTT

**TRIUMPH gabriele**  
Die Handschrift moderner Menschen

Verkauf durch:  
**Hoffmann & Co.**  
463 Bochum  
Viktoriastraße 71  
Telefon: 6 17 41 / 42

## Gießener Kreis ruft zum Wahlbündnis auf

### Der Gießener Kreis, ein Zusammenschluß von Professoren, Gewerkschaftern, Künstlern, Studenten und Arbeitern, will sich im nächsten Jahr an Bundestags- und Kommunalwahlen beteiligen.

Neben den Professoren Wolfgang Abendroth, Professor Ernst Bloch und vielen anderen Wissenschaftlern haben Schriftsteller, Betriebsräte und Gewerkschaftssekretäre einen Wahlauftrag unterzeichnet, in dem es u. a. heißt:

„Die herrschenden Kräfte der Bundesrepublik haben den letzten Schleier fallen lassen, der über ihre Politik gebreitet war. Mit den Notstandsgesetzen ist der demokratische Auftrag des Grundgesetzes im Kern getroffen. Indem das Parlament sie verabschiedete, hat es sich als Vertretung des Volkes aufgegeben. Anstatt der überfälligen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Reformen erleben wir das Festhalten an einer Politik der Stärkung des Großkapitals, der Rüstung, der Gebietsansprüche an den Osten, der Unversöhnlichkeit gegenüber der DDR. Unter diesen

Umständen wird unentwegt dem organisierten Rechtsradikalismus in die Hände gearbeitet.“

An einer anderen Stelle: „Die Unterzeichner dieses Aufrufs meinen, die demokratischen Kräfte, die vielfach noch getrennt auftreten, sollten sich zur Bundestagswahl vereinigen... Wir rufen dazu auf, ein machtvolles Wahlbündnis zu bilden, in dem die Kräfte der Demokratie und des Fortschritts ungeachtet ihrer Weltanschauung — ob christlich, liberal oder sozialistisch — zusammenwirken.“

Wir raten, überall im Land unverzüglich die Initiative zu ergreifen, Zentren zu schaffen und Verbindungen aufzunehmen, damit es im Herbst zur Bildung eines umfassenden Wahlbündnisses für die ganze Bundesrepublik mit einem gemeinsamen Aktionsprogramm kommen kann.“

**DR-HAMMER**  
**Mayonnaise**  
je öfter — je lieber preiswert und gut

## Architekturwettbewerb für Universität Dortmund von »Bochumern« gewonnen

Beim Ideenwettbewerb für die Nachbaruniversität Dortmund gingen in der vergangenen Woche Hauptpreise nach Bochum. Die Preisträger, die auf den Erfahrungen von Bochum aufbauen, sind in der ersten Stufe Knümann/Lenz (Bochum, Mainz) und das Büro Eller-Moser-Walter (Universität Bochum, Naturwissenschaftliche Abteilung). In der zweiten Stufe liegen das Büro Lehmann (Dortmund), das Staatshochbauamt (Bochum), das Büro Hennig (Neues Zentrum

Querenburg) und das Büro Laskowski. In der 4. Stufe liegt das Büro Henrich + Petschnigg (Düsseldorf). Für die Nachbaruniversität Dortmund, die die Eingliederung der Universität in die Stadt zum Thema hatte, wurden als Weiterentwicklung aus der Universität Bochum die Kommunikationseinrichtungen zwischen Professoren, Studenten und Bürgern stärker betont. Die eingereichten 79 Arbeiten sind ab nächster Woche in Dortmund zu besichtigen.

### Alibis bleiben weiter gefragt

Das Grundübel der Bundesrepublik in ihrer inneren Verlogenheit darzustellen war einst Rudolf Augsteins guter Vorsatz. Daß Lüge, Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität, nicht nur die braune Welle derjenigen kennzeichnet, die im Blute den Ruf der Scholle spüren, ist ebenso wahr wie die geschichtliche Beobachtung, daß sich der Faschismus nicht am Rande der Gesellschaft entwickelt, sondern in ihrem Zentrum. Als ideologisierte Unwahrheit. Symptome: Sonntagsreden, Wirklichkeitsflucht, aus verdrängtem Schuldbewußtsein gespeiste Aggressivität, Suchen nach dem politischen Alibi.

Hierzulande konnte ein Arbeitskampf im andern deutschen Staat zum nationalen Feiertag erklärt werden (gegen Streiks im Innern schuf man Notstandsverordnungen). Der kalte Krieg verschleierte die Aushöhlung der Demokratie, die Mauer ersetzt eine wirtschaftlich und politisch vernünftige Berlin-Regelung.

Ein anstrengendes Geschäft auf die Dauer, die Konturen der Wahrheit zu überpinseln: Die DDR wurde zum 7. Industriestaat der Welt, der kalte Krieg zeigte Alterserscheinungen, und Axel Cäsar tat sich bei der Beschaffung seiner Mauer-Toten immer schwerer. Kurz: Die Alibis wurden rar, und beinahe

**wywiad**  
Schreibmaschinen Billige Sonderangebote  
Bochum Südring 19 - Ruf 51423

hätte der Schiller mit dem Sölle (zum Leidwesen der Christen-Union). — Gemach, Stalin sei Dank, versicherte sich der Krenl gewaltsam der Bündnistreue eines Verbündeten.

Die Tschechen, bis dato neben Russen und Polen auf der Unternehmensebene der Vertreter, avancierten unbeschadet territorialer Forderungen zum beklagten Nachbarvolk. Deutsche Truppen aus der DDR in Prag wurden von allen als nationale Schmach empfunden, die ansonsten von Blitzsiegen nur mit Respekt und Verehrung sprachen. Kiesinger konnte „Nato“ schreien und brauchte weiterhin nichts zu tun. „Bild“ zeigte den Kommunismus wie in den goldenen Tagen des „roll back“ und ließ Dubcek von den mongolischen Russen zusammenschlagen, in Stehzellen kempieren, unasiert und beschissen 5 Tage lang bei Verhandlungen in Moskau schweigen. Schade, daß die Massenflucht ausblieb, zu der die Prager Reformer angeblich durch die Presse der BRD aufriefen und auf die man so gut vorbereitet war.

Immerhin, die antikommunistische Mobilisierung der Bevölkerung bewahrte die Clique (wieder einmal) vor dem Offenbarungseid. Im Schatten von Prag konnte Berufs-Berliner Lemmer am 21. 8. fordern, endlich mit der APO Schluß zu machen.

Oppositionellen Studenten, bislang für Arbeitslosigkeit (laßt Bauarbeiter ruhig schaffen, kein Geld für langbehaarte Affen), das Anwesen der NPD und den allgemeinen Verfall der guten Sitten verantwortlich gemacht, ist weiterhin die Judenrolle im Formierungsprozeß à la CDU-Staat vorbehalten.

A. Kircher

<b>RINDER-SCHMORBRATEN</b> * In Läden mit Fleisch-Abt. o. Beilage 500g	<b>3.90</b>	<b>Seelachsfilet</b> seefrisch angeliefert in Läden mit Frisch-fischverkauf 500g	<b>-98</b>	<b>Antik Weinbrand-Bohnen u. -Kirschen</b> 24-Stck.-Pckg.	<b>2.45</b>	<b>Poln. Schweinefleisch</b> herzhaft u. kräftig 335-g-Dose	<b>1.78</b>	<b>Poln. Gänse-Vorderviertel</b> Handelskl. A, gefroren der delikate Sonntagsbraten 500g	<b>1.98</b>
<b>Ital. Regina-Trauben „Apulien“</b> hervorragende Qualität 500g	<b>-,49</b>	<b>* Rinderbrust u. flache Rippe</b> für eine kräftige Suppe 250g	<b>-,99</b>	<b>Buttermilchbrot</b> leicht und bekömmlich 1250g	<b>1,60</b>	<b>Junge Erbsen</b> mittelfein 1/2 Dose	<b>-,59</b>	<b>„Nur die“ Damenstrümpfe „best“</b> 30 den, Gr. 9 bis 10 1/2 Paar nur	<b>1,35</b>
<b>Chrysanthem</b> großblütig 3 Stück	<b>1,55</b>	<b>Ger. fetter Speck</b> 500g	<b>-,98</b>	<b>Zitronen-Sandkuchen</b> aus eigener Konditorei Stück	<b>1,95</b>	<b>„Nur die“ Strumpfhosen</b> Gr. 8 bis 10 1/2 Stück nur	<b>2,95</b>	... auf alle Angebote erhalten Mitglieder Rückvergütung!	
<b>Hunsrücker Blut- u. Leberwurst</b> besonders fein gewürzt je 200-g-Dose	<b>1,28</b>	<b>Gek. Vorderschinken</b> zart und saftig 100g	<b>-,78</b>	<b>Circle-Expres-Kaffee</b> aus feinsten Kaffeemischungen 50-g-Glas	<b>1,98</b>	<b>Heidelbeeren</b> fruchtig, aromatisch 1/2 Glas	<b>2,18</b>	<b>K O N S U M</b>	
<b>Feinkost-Margarine</b> z. Braten, Backen u. Kochen 250-g-Becher	<b>-,29</b>	<b>Scheibenlachs</b> herzhaft, pikant 1/2-Liter-Dose	<b>-,98</b>	<b>GEG-Eiskorn 38 Vol.%</b> <b>GEG-Weinbrand „Privat“</b> <b>GEG-Dry-Gin 40 Vol.%</b> <b>Hamburger Aquavit 40 Vol.%</b> <b>GEG-Doppelwacholder 38 Vol.%</b> je 1/1 Fl.	<b>6.95</b>				



**Elektr. Schreibmaschinen**  
gebraucht, Neuwert DM 1500,—  
ab DM 195,—

**75 Rechenmaschinen**  
gebr., mit u. ohne Kontrollstreifen.  
Reparaturen schnell und preiswert.

**Günther Lillie - Bochum**  
Südring 35 - Telefon 6 77 27

**Zur Hölle mit Böll!**

(Stoßgebet des H. H. Generalvikars Volkward Bund zum Borromäus-Sonntag)

Zur Hölle mit Böll!  
Herr stoße den Amery tief in die feurige Sofa! Laß den Hochhuth in seinen Pamphleten von zornigen Teufeln zwacken und kneten! Aufsässige Schreiber, respektlose Weiber wie Vilma Sturm — mach sie zum Wurm! Auf daß sie verschwinden in der Erdkruste Ritzen und keine Tinte mehr wider uns spritzen! Und — mach es Dir zur Pflicht! — verschone auch meine Amtsbrüder nicht, wenn sie die Kirche mit Hieben bedenken statt ihr nur Weihrauch und Lobpreis zu schenken; so Friedrich Heer, den Jugendverteidiger und Ecclesia-Santa-Beleidiger! Willst Du diesen Wicht nicht fassen? Oder ihn wenigstens ausgleiten lassen damit er sich die Schreibhand bricht? Herr, das alles tut nicht gut! Herr, stoppe die Flut! Herr, tilge alles, was kritisch und peinlich — und erhalte uns unseren Waggerl, Karl Heinrich!

Josef Reding  
Aus Kritischer Katholizismus Nr. 5

**Die Avantgarde und das Chaos**

In Frankfurt erfolgte keine Neubestimmung der SDS-Politik

Die Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt vom 12. bis 18. 9. zeigte deutlich, daß der Verband in den nächsten Monaten seine bisherige Struktur überwinden muß, da diese durch die politische Praxis der einzelnen Gruppen überholt und in offenem Widerspruch zu einer qualitativ neuen politischen Arbeit getreten ist. Der Ausschluß der fünf Genossen, die der Politik der KPD nahestehen, konnte über die Organisationsproblematik nicht hinwegtäuschen. Der Hauptgrund für den Ausschluß war, daß die KP-Fraktion die Aktionseinheit des SDS zu zerstören drohte. (In Köln z. B. entfernnten Mitglieder des rechten Flügels von den Antiautoritären errichtete Barrikaden.) Das Verhalten der fünf ausgeschlossenen Mitglieder in Sofia wurde als konsequente Fortführung ihrer Politik in West-

deutschland interpretiert. (Sie hatten u. a. ein vom SDS-Bundesvorstand initiiertes Sit-in vor der Sofiaer US-Botschaft zu verhindern versucht.) Ihr Ausschluß soll nach intensiver Diskussion über die Organisationsfrage zu einer Neubestimmung der SDS-Politik führen, die nicht mehr von der Bündnispolitik nach rechts beeinflusst sein wird. Nach der Ausschlußfrage standen folgende Punkte zur Diskussion: Anti-Bundeswehr-Kampagne, Anti-Justiz-Kampagne, Hochschule und Technologie. Zwei Gruppen (Hamburg und Frankfurt) arbeiten z. Z. an dem Bundeswehrprojekt. Ihre Diskussionsbeiträge:

a) Intensivierung der Zusammenarbeit mit Lehrlingen und Jungarbeitern, um die in Ansätzen vorhandene Aktionseinheit zu festigen.

b) Der SDS muß versuchen, die Repressionen des Bundeswehr-Offizierkorps gegen Soldaten zur Politisierung der Soldaten fruchtbar zu machen.

Die Diskussion über politische Justiz führte zu der Forderung, so schnell wie möglich lokale Kuratorien „Republikanische Hilfe“ zu gründen, um die angeklagten Demonstranten der Anti-Springer- und Anti-Notstands-Kampagne in ihrer Verteidigung schulen und ihnen materielle Hilfe gewähren zu können. Es habe für die Angeklagten keinen Zweck, sich als einzelne zu verteidigen; vielmehr komme es darauf an, sie durch entsprechende Aktionen im und vor Gericht zu unterstützen.

In der Diskussion über die Basisarbeit an der Hochschule lieferten die Frankfurter, Berliner und Heidelberger Delegierten die wichtigsten Beiträge. Vor allem diese Diskussion zeigte, daß die DK aufgrund ihrer aus der sozialdemokratischen Zeit stammenden Verbandsstruktur nicht mehr in der Lage, ist zu einer (Neu-)Bestimmung der SDS-Politik beizutragen. (Schon hier wurde der Antrag auf Vertagung der DK gestellt.)

Einen wichtigen Beitrag zur Organisationsfrage lieferten Berliner Genossinnen, die sich aufgrund der familiär - autoritären Verbandsstruktur außerhalb des SDS organisiert haben (Bewegung zur Befreiung der Frauen). Ihr Beitrag initiierte die Diskussion über „Autoritäten“ im SDS, über privilegierte und unterprivilegierte Genossen.

Die Organisationsfrage wird bis zur Fortsetzung der bis zum 16. November vertagten DK vorrangig sein. Die Hamburger, Bochumer und Münsteraner SDS-Gruppen streben eine Organisation auf Projektgruppen-(Räte-)Basis mit regionalen Räten und einem Zentralrat an.



Häufige Abstimmungen, wenig Beschlüsse auf der diesjährigen Delegiertenkonferenz des SDS

**„Warum sich nichts vormachen lassen?“**

Eine große Zahl von Publikationen, Streitschriften, Apologien befaßt sich mit der „Unruhe in der deutschen Öffentlichkeit“. So ein entsprechender Artikel in „Der Arbeitgeber“.

Ausgangspunkt der nachfolgenden Überlegungen: „Die stimmungsmäßige Grundtönung der Gesellschaft ist nicht mehr auf Kampf angelegt. Kampf der Klassen, Parteien und Konkurrenten, sondern auf Ausgleichung von Gegensätzen, Kompromiß und Absprachen...“

Klassen, Parteien, Konkurrenten. Alle liegen auf einer Ebene. Absprachen führender Unternehmen, Große Koalition und die (angebliche) Überwindung von Klassen-antagonismen sind grundsätzlich eins geworden.

Aber genug des Kommentars. Der Autor soll selbst zu Wort kommen. „Es ist in letzter Zeit mehrfach dar-

hende Gegensätze nicht verharmlost und vertuscht werden dürfen, daß wir uns daran gewöhnen müssen, mit Konflikten zu leben, auch wenn sie uns ständig ärgern, daß also Konflikte nicht prinzipiell und nicht radikal aus der Welt geschafft werden dürfen, muß diese Gegenüberung begrüßt werden. Wenn aber der Tendenz zur Harmonisierung durch den Aufruf zum Ungehorsam und zum Protest entgegen gewirkt wird, dann trifft man die hochkomplexe Gesellschaft am Lebensnerv. Sie ist überhaupt nur existenzfähig durch einen hohen Grad von allseitiger Anpassungsbereitschaft, die wiederum das Ergebnis eines langwierigen Zivilisationsprozesses ist. Der unzügelte Mensch vermag solche Systeme weder zu schaffen noch sich in ihnen zurechtzufinden. Ungehorsam gegenüber ihren Gesetzen bedeutet Rückfall in niedrigere Entwicklungsstufen.“

Für den Aufmüpfer ist mal wieder eine Untermenschenkategorie bereitgestellt; es handelt sich um die species des sozialen Evolutionsfossils.

Weiter heißt es: „Gegen die sogenannte Konsumhaltung macht seit Jahren der Kulturpessimismus Front, wobei es nicht einer gewissen Pikanterie entbehrt, daß auf diesem Felde ausgerechnet Konservative und Neomarxisten einander begegnen. Angesichts dieser seltsamen Einmütigkeit fühlt sich der ideologisch nicht gebundene Beobachter geradezu verpflichtet, diese Konsumhaltung in Schutz zu nehmen. Soweit sie sich auf das Verhältnis von Konsum und Freizeit beschränkt, lassen sich sogar gute Gründe dafür finden: Warum soll es dem in die strengen vorgeschriebenen Verhaltensmuster der Arbeitswelt eingespannten Berufsmenschen unserer Tage nicht erlaubt sein, sich in der Freizeit etwas vormachen zu lassen? Warum soll er sich nicht bei leichter Lektüre, Musik und Unterhaltung entspannen dürfen? Warum soll es keine Freizeitindustrie geben dürfen, die diese Leistungen bereitstellt? Wer sich einem anstrengenden Hobby hingeben kann und möchte, wird hierzu überall und jederzeit genügend Gelegenheit, Anregungen und Ermutigung finden.“

Ein überzeugendes Argumentationsniveau. Ein kleiner Sachverhalt allerdings stört: Diese Sätze repräsentieren politische Wissenschaft. Gemäß einem Mehrheitswillen einer Abteilung der RUB soll ihr Autor einen Lehrstuhl in Bochum erhalten.

Was sollen wir uns noch alles vormachen lassen? Besuchen wir eine Universität, um uns „bei leichter Lektüre... und Unterhaltung entspannen (zu) dürfen?“ Bevor wir Produzenten aus der Freizeitindustrie berufen, müssen wichtigere Planstellen besetzt werden.

Reiner Duhm  
(Alle Zitate aus: F. Ronneberger, „Unruhe in der deutschen Öffentlichkeit“ in: „Der Arbeitgeber“, Nr. 10, 1968, S. 260 ff.)

**CDU-Gesetz**

Die Nordrhein-Westfälische CDU versteht ihren Entwurf eines Hochschulgesetzes als Antwort der Politiker auf die studentischen Osterunruhen.

Die wesentlichen Merkmale des Entwurfes sind:

- Ablehnung der Drittelparität, statt dessen „funktionsgerechte Mitwirkung“ der Studenten. Wie diese „funktionsgerechte Mitwirkung“ aussehen soll, wird in § 34 des dritten Abschnittes deutlich. Zur Verabschiedung der zu erlassenden Universitäts-satzung wären die Studenten in Bochum beispielsweise mit etwa 20% und die Assistenten nur mit 10% beteiligt.
- Auf der Pressekonferenz lehnte die CDU die Drittelparität als „ständestaatlich“ ab.
- Das politische Mandat wird der Studentenschaft abgestripen.
- Das mancherorts bereits abgeschaffte Disziplinarrecht soll unter dem Namen „Schiedsordnung“ wieder eingeführt werden.
- „Ausbildungsintensive Bereiche“ (Lehrerausbildung?) werden besonderen Fachhochschulen zugeordnet. (Vergleiche: Biedenkopfplan)
- Einführung von „praxisbezogenen Ausbildungen“ in Kurzstudiengängen. (6 Semester)
- Spätestens nach dem 4. Semester muß eine Zwischenprüfung abgelegt werden. Eine Wiederholung der Prüfung ist nur einmal möglich.

Bleibt nur noch zu erwähnen, daß sich die Universität „der Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins“ annimmt.

**Warum die Studentenschaft Tutoren ablehnte**

- Von Horst-Peter Kasper -

Die Ablehnung bezieht sich nicht auf die beantragten Personen, sondern auf ein Tutorensystem in seiner bestehenden Form und Intention überhaupt, das darüber hinaus nur im gesamtuniversitären Kontext adäquat begriffen werden kann. Der „Bildungsauftrag“ der Tutoren hat somit innerhalb des von Habermas aufgezeigten Prozesses akademischer Bildung reflektiert zu werden.

Das von den heutigen Wissenschaften vermittelte spezifische „Verfügenskönnen“ ist nicht mehr jenes „Leben- und Handlungskönnen“, das man von früheren wissenschaftlich Gebildeten, d. h. mit Theorie befaßten Menschen erwartete, da die heutigen wissenschaftlichen Verfahren nicht mehr explizit auf das Handeln der Menschen untereinander bezogen sind. (So sagte noch Humboldt, daß es dem Staat so wenig als der Menschheit um Wissen und Reden, sondern um Charakter und Handeln zu tun sei.)

Die eigentümlichen Schwächen vieler heutiger Hochschulabsolventen in der Praxis sind nicht individuell bedingt, sondern ein Ausdruck dessen, daß die Wenn-Dann-Vorschriften technischen Verfügungswissens nicht mit einer praktischen Hilfreichen

Orientierung des Handelns im Leben identisch sind. Angesichts der Existenz der gesamten Menschheit bedrohenden Waffen und der Manipulation menschlichen Verhaltens „die Einsicht in politische Fragen“ den Tutoren „im Rahmen des Bildungsauftrages der Hochschulen“ zu überlassen, ist dieser vorwissenschaftliche Ansatz gefährlich infantil.

Dem Dilemma, daß technische Fertigkeiten und praktische Fähigkeiten nicht konvergieren, versucht man mit dem Tutorenprogramm solcherart zu entgehen, daß man eine Arbeitstellung von Wissenschaft und Erziehung unternimmt und damit die Maxime „Bildung durch Wissenschaft“ preisgibt. Indem man das Moment der menschlichen Bildung vom wissenschaftlichen Ausbildungsprozeß separiert und als autonomen Erziehungsauftrag neben ihm institutionalisiert, wird Bildung, die einst ein wissenschaftliches Verständnis der Welt im ganzen in das Handeln der Menschen einbringen sollte, zu so etwas wie anständigem Verhalten, zu einem subjektiven Persönlichkeitsmerkmal verkürzt. Tutoren sollen „die Heimbewohner zu verantwortungsbewußtem, mit-

bürgerlichem Verhalten anregen“, sie selbst sollen „Charakter, geistige Aufgeschlossenheit, Beweglichkeit und Organisationsbegabung“ aufweisen. Bildung wird so nicht als aufgekürtes Handeln begriffen, sondern als ausgesprochen rezeptives Verhalten gegenüber „Bildungsgütern“, wie die schön unverdientlich und unvermittelt aufgereichten Ziele „Einsicht in politische Fragen“ und „Entfaltung musischer Fähigkeiten“ aufzeigen.

Bildung wird so in der Beschränkung auf die Privatsphäre assozial und nicht als politisch begriffen. Sie orientiert sich an den bloßen Wertvorstellungen einzelner Heimträger, statt als theoretische Anleitung zum Handeln aus einem wissenschaftlich explizierten Weltverständnis zu folgen, statt sie als Resultat des wissenschaftlichen Entwicklungsprozesses und nur in ihm einlösbar zu begreifen, eben in der Rückvermittlung der wissenschaftlichen Ergebnisse in die soziale Praxis durch die Wissenschaft selbst.

Des weiteren verschleiert das Tutorenprogramm die wirkliche Interessenstruktur in den Wohnheimen, indem es nicht auf sie eingeht und außerdem noch in seinen „Richt-

linien“ die Wohnheime als zur Universität gehörig versteht. Die tutorischen Lehrbeauftragten für „Bildung“ sind keine Interessenvertreter der im Heim wohnenden Studenten. Die kulturalministerielle Wohnheimkonzeption spricht stattdessen von „gemeinsamem Vertrauen“ (!) (i. e. der autoritäre „Ersatz“ für demokratische Kontrolle) zwischen Heimleitung und „Heimgemeinschaft“ (!). Die Tutoren stehen somit angeblich „über den Parteien“, faktisch sind sie aber von der Heimleitung abhängig.

Deshalb tritt der ASTA dafür ein, die Mittel, die jetzt den Tutoren in Form von Stipendien und Veranstaltungsförderung (DM 3750 jährlich pro Tutor), zum Teil den Interessenvertretern der im Heim wohnenden Studenten, also den Heimsprechern, den überwiegenden Teil aber den Fachschaften, die bisher ohne ausreichende finanzielle Unterstützung dastehen, zur Verfügung zu stellen. Mit den Tutorenmitteln könnten studentische Selbsthilfeprogramme organisiert werden, die sich direkt an den Bedürfnissen der Studenten orientieren, nicht aber an dem in der kulturalministeriell intendierten Form verfehlten „Bildungsauftrag“.

**Nicht nur für Männer!**

**Für alle Kenner**

**FIEGE PILS**

**LOEWE ADOLF LOEWE**  
Büromaschinen • Möbel • Organisation  
Bochum • Kortumstraße 95 • Ruf 62341

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

**trispheer**

Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar - unzerbrechlich

**Hagemann**  
BRILLEN  
SÜDRING 20

**... auch Sie könnten mal krank werden**

**DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.G.**

Kranksein ist teuer — wir helfen!

Und außerdem noch ein Krankengeld-Tagegeld zahlt

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.G.  
Berliner Straße 100, 4000 Köln, Hauptverwaltung  
Friedrichstraße 100, 4000 Bochum  
Kortumstraße 95, 4620 Bochum

**Durst löscht man mit Schlegel**

**Handelsblatt**  
DEUTSCHE WIRTSCHAFTSZEITUNG VERBUNDEN MIT  
Frankfurter Zeitung

**Die Zeitung die sich bezahlt macht**

Vorzugspreis für Studierende DM 4,50 (statt DM 9,81) monatlich bei freier Zustellung an die Studien- bzw. Ferienanschrift. Auf Wunsch kostenlose Probelleverung.

Vorzugspreise für die im Handelsblatt-Verlag erscheinenden Zeitschriften: „Der Betrieb“ DM 4,40, „die ab-satzwirtschaft“ DM 3,25, „Plus — Zeitschrift für Unter-nehmenseführung“ DM 3,50, „Wirtschaft und Wettbe-werb“ DM 5,40, „Atomwirtschaft/Atomtechnik“ DM 3,75, „Chemische Industrie“ DM 3,75.

VERLAG HANDELSBLATT • 4 DUSSELDORF 1 • POSTFACH 1102

**IMMER wenn's um Geld geht...**

**SPARKASSE**

In Querenburg direkt in der Nähe der Uni  
Im Westenfeld 22 Tel.: 511015





# Welchen Teppichboden wünschen Sie?

Unsere großzügige Auswahl ist schwerlich in Verlegenheit zu bringen. Sie sollten es mal darauf ankommen lassen.

EIN GUTER RAT:

TEPPICHE VON **KEIL & KATH**  
BOCHUM, BONGARDSTR. 28, AN DER PAULUS-KIRCHE

... gleich neben der Mensa **IHRE BUCHHANDLUNG BROCKMEYER**  
463 BOCHUM-QUERENBURG  
Lennerhofstraße 70 - Ruf 51 13 60

Europäische Marken-Teppiche  
**US VERKAUF**  
Führendes Haus in Western-Bekleidung  
Twen Shop Bekleidung für junge Leute  
Rücklaufbestände der US-Armee  
**H. PETERMANN**  
Bochum - Rathausplatz 8  
Telefon 66939

Die Bochumer Symphoniker haben einen heißen Draht zu Ihrer Wohnung eingerichtet.

**3 70 15**

Ihr Anruf sichert Ihnen den gewünschten Vormieterplatz (wenn er nicht schon vergeben ist).

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM  
Hans Schalla  
Spielplan für die Zeit vom 20. September bis 13. Oktober 1968  
Änderungen vorbehalten!

### ERÖFFNUNG DER SPIELZEIT 1968/69

SCHAUSPIELHAUS: PRINZ FRIEDRICH VON HOMBURG	20. 9. (Fr.) Premiere, 21. 9. (Sa.), 22. 9. (So.), 23. 9. (Mo.), 1. 10. (Di.), 5. 10. (Sa.), 12. 10. (So.)
DIE NACHT DES LEGUAN	24. 9. (Di.) Premiere, 25. 9. (Mi.), 2. 10. (Mi.), 7. 10. (Mo.), 13. 10. (So.)
DIE FLEDERMAUS (G) EIN SOMMERNACHTSTRAUM	29. 9. (So.) 28. 9. (Sa.) Premiere, 30. 9. (Mo.), 9. 10. (Mi.)
FIDELIO (G) DIE NASHORNER	3. 10. (Do.) Premiere, 11. 10. (Fr.) 6. 10. (So.) Premiere, 8. 10. (Di.), 10. 10. (Do.)
LIEDERABEND GLORIA DAVY I. HAUPTKONZERT KAMMERSPIELE: DER EINGEBILDETE KRANKE	4. 10. (Fr.) 26. 9. (Do.), 27. 9. (Fr.) Wiederholung 21. 9. (Sa.) Premiere, 4. 10. (Fr.), 7. 10. (Mo.), 12. 10. (Sa.), 13. 10. (So.) 17.00 und 20.00 Uhr
DER BALKON	27. 9. (Fr.) Premiere, 8. 10. (Di.), 11. 10. (Fr.)

Beginn der Veranstaltungen: 20 Uhr, sofern nichts anderes angegeben.  
Karten für Studierende 50% ermäßigt, Anrechtsscheine auf Ermäßigung sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).  
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier, Gelsenkirchen.



## BSZ-Leser antworten

Betr.: Leserbrief des Kommilitonen Urboneit (Nr. 28)

Das was der Kommilitone schreibt, sind doch wohl nichts anderes als inkonsequente, polemische Phrasen. Es fehlt zum größten Teil jegliche Verbindung zu dem Brief der Kommilitonin Gabriele Morschöck (Nr. 27): „Ich bin überzeugt, daß durch die Veröffentlichung des Halbaktes berechtigte Zweifel darüber entstehen können, ob es der Studentenschaft in ihrem gegenwärtigen Kampf um hohe Ziele auch auf die Erhaltung geistiger und sittlicher Werte ankommt...“. Genauso inkonsequent ist es, aus

der Tatsache, daß die Kommilitonin das Mdr Heinrich von Treitschke zitiert („Ein Volk, dessen Frauen aufgehört haben, sich zu schämen, ist dem Untergang geweiht“) zu schließen, sie trete für einen autoritären Staat ein. Die Unsachlichkeit der Kritik des Kommilitonen Urboneit wird durch die abwertende Tonart, in welcher er seinen Brief gehalten hat, noch verstärkt. Ich bin etwas enttäuscht darüber, daß die BSZ solch destruktive Kritik überhaupt veröffentlicht. Der Kommilitonin Gabriele Morschöck, die wahres und notwendiges Wort so offen schrieb, gebürt große Hochachtung.

## SDS verlor zweite Instanz

Im Streit zwischen dem SDS und der Bundesrepublik um die Verweigerung von Mitteln aus dem Bundesjugendplan hat das Oberverwaltungsgericht Münster in zweiter Instanz gegen den SDS entschieden. Der Senatspräsident Schwarz vertrat die Auffassung, die Tätigkeit des SDS könne nicht als nach dem Grundgesetz förderlich angesehen werden. Die vom SDS angestrebte „permanente Kontrolle aller Staatsorgane durch die Staatsbürger“ sei von den Vätern des

Grundgesetzes bewußt abgelehnt worden, so daß der Volkswille zeitweilig mit der Regierung nicht übereinstimme. (!) Heinrich Hannover, der den SDS als Rechtsanwalt vertrat, bezeichnete diese Entscheidung anschließend als „Selbstentlarung eines Systems, in dem politische Gesinnung zu kaufen ist“. Der SDS hat die Revision angekündigt.

## Gerüchte über Konventssitzung

Unsere Professoren müssen sich da wieder einmal ungeheuerlich benommen haben. Es ist doch klar, daß unsere Sitten durch den Anblick solcher schrankenloser Exzesse früh verdorben werden müssen.

Diese Akademiker scheinen ihre Sitzung wie Rasende eröffnet zu haben. In wilder Kampfeslust stürzten sich die schlimmen Greise auf die Studentenschaft. Unter den Zuhörern, die aus Greisen bestanden, sollen Zurufe erschallt sein, die sogar mitunter eine empörte Färbung angenommen hätten. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß diese donnernden Äußerungen hauptsächlich von Prof. Esser herrührten, mit dem sein zügelloses Temperament durchging.

Selbstverständlich ist dies eine tieftraurige Angelegenheit. Trotz aller Anstrengungen der letzten Zeit, auch diese Kreise unserer Universität objektiv zu beurteilen, müssen wir angesichts derart würdelosen und allen Sitten hohnsprechenden Verhaltens denn doch feststellen, daß man uns nie und nimmer zumuten kann, uns mit solchen Leuten, in deren Gesellschaft man ja seines Lebens nicht mehr sicher ist, an einen Tisch zu setzen. Wir rücken ab.

Kas-Brecht

## Zentralisation - Demokratie

Gedanken zur Hochschulreform

Die von den Professoren Denninger, Friedeburg, Habermas und Wiethöfer vorgelegten Grundsätze für ein neues Hochschulrecht führen leider die am Otto-Suhr-Institut gemachten Ansätze nicht weiter. Ihr Entwurf fordert eine zentralisierte Verwaltung, die allein die nötige Effektivität sichern könne (vergl. Biedenkopf-Plan). Ein auf acht Jahre gewählter Präsident (Wiederwahl ist möglich), der über einen Stab von mindestens vier hochqualifizierten Beamten verfügt, ist „mit erheblichen Kompetenzen“ auszustatten. Ihm untersteht die gesamte Verwaltung, die durch die Verbindung staatlicher Wirtschafts- und akademischer Selbstverwaltung zu einer Einheitsverwaltung (ganz im Sinne der Effektivität) zusammengefaßt wird. Er führt den Vorsitz im Senat, im Kuratorium und in den zentralen Ausschüssen. Das Konzil, das den Präsidenten wählt und in dem alle Universitätsmitglieder drittelparitätisch vertreten sind, tritt in der Regel einmal jährlich zur Entgegennahme des Rechenschaftsberichts des Präsidenten zusammen. Von einer Kontrollfunktion des Konzils kann in diesem Zusammenhang wohl kaum noch die Rede sein. Der Präsident besitzt eine so starke Stellung, daß die Selbstverwaltung auf Universitätsebene weitgehend aufgehoben ist. Nach bisherigen Erfahrungen ist zu erwarten, daß die Arbeit des Senats, der ungefähr dieselben Aufgaben übernimmt wie bisher, und die Arbeit der zentralen Ausschüsse weitgehend von der Vorarbeit des Präsidenten und seines Mitarbeiterstabes bestimmt wird. Gegenüber der zentralisierten Organisation auf Universitätsebene ist man bereit, der fachbezogenen Selbstverwaltung breiteren Raum zu lassen. Es scheint sich hier um den Versuch zu handeln, der in dem übergeordneten Bereich verhindert

ten Selbstverwaltung zur Rettung des demokratischen Gedankens wenigstens in den Fachbereichen eine Selbstverwaltung gegenüberzustellen. Dieses Konzept ist schon deswegen zum Scheitern verurteilt, da endgültige Beschlüsse zum größten Teil im Senat gefaßt werden und nicht in den fachbezogenen Gremien. Außerdem bleibt die Frage offen, ob bei der hier angestrebten Reform nicht Konfliktsituationen entstehen müssen, die entweder zum Sieg der Demokratie in der gesamten Hochschule oder aber wahrscheinlicher (nach dem Überwiegen autoritärer und desinteressierter Mitglieder zu urteilen) zu ihrer endgültigen Niederlage führen. Bei der Satzung des Otto-Suhr-Instituts hat man den Gedanken der demokratischen Selbstverwaltung sehr ernst genommen und sich um dessen Realisierung bemüht. Folgerichtig ist man nicht von einer zentralisierten Verwaltung, sondern von dem demokratischen Willensbildungsprozeß, der sich nur von unten, d. h., den kleinsten Organisationseinheiten, nach oben vollziehen kann. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß es sich um die Reform eines Instituts handelt und daher die Problematik der Universitätsverwaltung nicht gestellt wurde. In den Facheinheiten, einer Untergliederung des Instituts, werden alle Lehr- und Forschungsvorhaben von allen Mitgliedern diskutiert und auf der so gewonnenen Grundlage im Institutsrat, in dem Professoren, Studenten, Assistenten usw. vertreten sind, verabschiedet. Nur über die Dezentralisation und die demokratische Willensbildung von unten nach oben kann eine demokratisch organisierte Universität verwirklicht werden, und nur diese kann Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft sein.

Carla Boulboulé

## „So gut geklappt“

Der wegen Beleidigung einer Richterinnen und eines Richters angeklagte Kommuniste Karl-Heinz Pawla hatte sich nicht damit begnügt seine Mißachtung des Gerichts nur verbal zu bekunden; in der Absicht den abstrakten Protest sinnlich erfahrbar zu machen, schluckte Pawla Pillen und schritt zur Tat. Ehe die Gerichtsdienerschaft Schlimmes verhindern konnten, hatte er die Hosen freigelegt und die Anklageschrift hinterlistig zweckentfremdet. „Zur Sache“ vernommen erklärte Pawla, er habe die „Demonstration“ vorher geprobt und freute sich, daß alles „so gut geklappt“ habe. Er bedauere nur, daß es ihm nicht gelungen sei, statt der Aktenblätter das Barett des Vorsitzenden zu ergreifen. Als der Staatsanwalt erklärte, es müsse eine exemplarische Strafe verhängt werden, warf Pawla eine seiner Sandalen nach ihm, verfehlte aber das Ziel. Für den Wurf erhielt Pawla 3 Tage Haft; seine „Demonstration“ glaubte das Gericht mit einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten ohne Bewährungsfrist ahnden zu müssen. Dazu der studentische Ermittlungsausschuß an der TU Berlin: „Das Gericht ist der Forderung der Staatsanwaltschaft, ein Exempel zu statuieren, nachgekommen... Die Richter betrach-

ten als Skandal, daß auf unästhetische Weise Bedürfnisse vor Gericht erledigt werden; sie schicken aber anschließend die Straffälligen in Einmännchenzellen, in denen 3 Mann untergebracht sind und wo auf einer Toilette ohne Deckel Bedürfnisse erledigt werden. Während die anderen essen. Solidarisiert Euch mit den „Rechtsbrechern“. Selbst in der bürgerlichen Presse ist das Einschüchterungsurteil auf Widerstand gestoßen. Der „Telegraf“ schreibt: „An Stelle von 50 Tagen Gefängnis wurde am 3. Juni ein 27jähriger Maurer wegen fahrlässiger Tötung mit einer Geldstrafe von 1000 DM bedacht. Am 31. Juli verhandelte ein Verkehrsschöffengericht gegen zwei Autofahrer, durch deren Unachtsamkeit zwei alte Menschen getötet wurden. Das Urteil: je 4 Monate Gefängnis mit Bewährung und eine Geldbuße von 800 DM... Der Eindruck läßt sich nicht ganz verwischen, daß ein Menschenleben weniger wert ist als die zugegeben sehr grob geschälerte Würde des Gerichtes. Noch ein Punkt stimmt nachdenklich: Pawla wurde aus einer Zelle geholt und verurteilt, ohne vorher noch einmal Kontakt mit einem Verteidiger aufnehmen zu können. Das stellt einen Verstoß gegen das Grundgesetz und die europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte dar...“



BSZ-Leserin Johanna O. war in Essen dabei

### Gut gesagt:

„Es kommt mir vor, als hätte die Bundesregierung noch einen dritten Koalitionspartner, nämlich die IG Metall!“

(Der Bochumer Stahlwerker Günter Perschle zu dem von Otto Brenner gesteuerten Kurs, die IG Metall der Politik der Großen Koalition anzunähern)

### Katholikentag

„Halt's Maul“ (Der Präsident des Bundesarbeitsgerichts, Professor Müller zu einem jungen Versammlungsteilnehmer) „Macht aus den Prälaten gute Demokraten“ (Sprechchor) „Manchmal hätte man meinen können, ein Bischof könne sich nicht mehr auf Katholikentagen sehen lassen.“ (Kardinal Döpfner nach den Diskussionsveranstaltungen des 82. Deutschen Katholikentages) „Heengsbach wir koommen, wir sind die linken Frooommen“ (Sprechchor) „Sich beugen und zeugen“ (Transparent) „Manche brauchen nur eine Frau zu sehen, dann grunzen sie wie echte Schweine“ (Zitat aus einem katholischen Religionsbuch, das bei den Teilnehmern eines „Teach in“ über „Religionsunterricht heute“ schallendes Gelächter hervorrief.) „Der Heilige Geist ist längst verdrängt von unseren Kirchenbürokraten“

### Pacem in Baracke

Den Frommen, der der Kapelle zuströbt, verwirren nicht mehr die bösrartigen Worte: „Dem Wehrbischof eine Wehrkirche.“ Auch der glückhafte Ausruf „I'm happy, God loves me“ und die geheimnisvolle Weisheit „You need Charly“ lassen sein Auge nicht mehr erstrahlen bzw. sich in grüblerische Falten legen, ebensowenig wie das häretische Orakel: „Alle Räder stehen still — Christus, wenn's Dein Vater will“.

### Herbstfest

der Bochumer Ingenieurschulen am 28. 9. 1968, 19.00 Uhr, in der Ruhland-Halle. Beat bis 4.00 Uhr. Eintritt 1,50 DM.

### Blumenberg ausgeschieden

Dr. Hans Blumenberg, Ordinarius für Philosophie an der Ruhr-Universität ist aus dem Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgeschieden.

**Contacta Institut**  
Heinen-Brillen Bochum Kortumstr. 45 I.Et.  
Anpassung unsichtbarer Augengläser  
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen  
des bewährten Systems Müller-Welt

**Olympia**  
Schreibmaschinen  
Sonderangebote, Miete, Mietkauf  
WYWIAS-Bochum-Südring 19

**RUM and MAPLE**  
2.50 DM  
© Originalprodukt - PLANTA - Berlin 68

**Bochumer Studenten Zeitung**  
Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität  
Verantwortlicher Redakteur: Alois Kircher  
Anzeigenleitung: Christina Schlipplack  
Anschrift: 463 Bochum, Lennerhofstraße 66 (Ruhr-Universität)  
Bankverbindungen: Stadt-Sparkasse Bochum, Nr. 729 666; Westfalenbank AG, Bochum, Nr. 99 685 9  
Auflage: 8000 Exemplare  
Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16  
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Alle Rechte beim Universitätsverlag Bochum, im Studentenwerk Bochum e.V., 463 Bochum, Lennerhofstr. 66, Tel. 51 14 37 und 399 3112.